

Zeitschrift: FemInfo / Verein Feministische Wissenschaft Schweiz = Association suisse femmes, féminisme, recherche
Herausgeber: Verein Feministische Wissenschaft Schweiz
Band: - (2019)
Heft: 51

Buchbesprechung: Rezension

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Im Vorzimmer der Macht?

TEXT: ELISABETH JORIS

Die Untersuchungen zu politisch aktiven Frauen der 1970er bis 1990er Jahre fokussierten bis anhin in erster Linie auf die Neue Frauenbewegung und allenfalls noch auf den Wandel der traditionellen Frauenorganisationen, sparten dabei allerdings die parteipolitisch gebundenen Frauenverbände aus. Dieses Manko behebt die vorliegende Dissertation der Berner Historikerin Fabienne Amlinger.

Fabienne Amlinger, *Im Vorzimmer der Macht? Die Frauenorganisationen der SPS, FDP und CVP, 1971-1995*. Zürich, Chronos, 2017. 410 Seiten.

Sie berücksichtigt dabei nur die Frauenorganisationen der drei Regierungsparteien SP, FDP und CVP, da die SVP keine solche Gruppierung kannte. Die von Amlinger gewählte Zeitspanne der Untersuchung von 1971 bis 1995 ist definiert über zwei für die Schweizer Politik zentrale Zäsuren: die formelle Inklusion der Schweizer Bürgerinnen ins Feld des Politischen zum

einen und die Skandalisierung der Nichtwahl von Christiane Brunner zur Bundesrätin als Ausdruck des faktisch noch immer andauernden Ausschlusses der Frauen von der politischen Macht zum andern. Erst die von Frauen erkämpfte Wahl von Ruth Dreifuss setzte der rein männlichen Zusammensetzung der Regierung ein Ende.

Mit der Verknüpfung von politik- und geschlechtergeschichtlichen Fragestellungen reiht sich die Untersuchung ein in die kulturhistorisch geprägte «neue Politikgeschichte». Zentraler Begriff dieses Ansatzes ist die Macht, die im Sinne von Foucault alle sozialen Bereiche durchdringt. Ein- und Ausschlussregeln werden über Sprache vollzogen. Dabei fragt Amlinger anlehnend an Bourdieu, ob die neu ins Feld der Politik eintretenden Frauen von den dort bereits etablierten Männern als ebenbürtig anerkannt werden und damit zu vollberechtigten Akteurinnen avancieren. Mit James Scotts Ansatz des «hidden transcripts» verweist Amlinger auf die Möglichkeiten der Frauen als den in der geschlechterspezifischen Anordnung Unterworfenen,

Elisabeth Joris, freischaffende Historikerin in Zürich, hat zahlreiche Beiträge und mehrere Bücher zum Forschungsschwerpunkt Geschlechtergeschichte im 19. und 20. Jahrhundert veröffentlicht, u. a. zu geschlechtsspezifischen Aspekten der sozialen Bewegungen, der Migration, der Entwicklung im Alpengebiet, der politischen Partizipation und der Arbeit.

versteckt Kritik an den von den Machthabenden definierten Normen, Regeln und Praktiken zu äussern. Nach James Scott besteht allerdings in «rare moments of political electricity» die Chance, dass diese Kritik in öffentlich sichtbaren Widerstand kippt. Ein solches Moment war nach Amlinger die Nichtwahl Christiane Brunners. Mit Rekurs auf «hidden transcripts» zeigt sie, wie es die Frauenorganisationen schafften, ihre politischen Vorstellungen in das von Männern dominierte Feld der Parteipolitik einzubringen, aber auch – wie im Kontext des Brunner-Skandals – öffentlich Opposition zu markieren. Grundlegend für die Studie ist Joan W. Scotts Verständnis von Geschlecht als fundamentaler analytischer Kategorie. Der lange Ausschluss der weiblichen Bevölkerung von der politischen Mitbestimmung sowie die von Männern erschaffenen normativen Settings, Werte und Praktiken formierten die institutionelle Politik der Schweiz als einen, so Amlinger, «historisch bedingte[n], hochgradig entlang der Trennlinie Geschlecht strukturierte[n] Gesellschaftsbereich».

Nicht nur theoretisch, sondern auch methodisch geht die Untersuchung von heterogenen Ansätzen aus.

Mit dem Deuten und Erklären von Texten geht die Autorin historisch-hermeneutisch vor, sucht aber in den Schriften der parteieigenen Frauenorganisationen zugleich über diskursanalytische Verfahren nach dominanten Wahrnehmungs- und Deutungsmustern bezüglich Macht- und Geschlechterverhältnissen. Schliesslich ergänzen Oral-History-Interviews mit Exponentinnen der parteieigenen Organisationen den methodischen Mix.

In den drei Hauptkapiteln zu den Frauenorganisationen der SP, der FDP und der CVP wird jeweils nach der strukturellen Entwicklung, dem innerparteilichen Machtverhältnis zwischen den Geschlechtern, den thematischen Schwerpunkten und politischen Tätigkeiten sowie dem Geschlechterdiskurs gefragt. Die Geschichte der parteiinternen Stellung der Sozialdemokratinnen, die sich als erste organisierten, ist dabei die interessanteste und vielfältigste. Galten bis in die 1930er Jahre bessere Arbeitsbedingungen, die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs und die Einführung der Mutterschaftsversicherung als wichtigste Anliegen, verengte sich der Fokus bis zum Ausbruch



gen gering, zwischen 1920 und 1950 wurde an den Parteitagen mit dem Frauenstimmrecht ein einziges Mal ein sogenanntes Frauenthema diskutiert. Viel einflussreicher war die Organisation auch nach 1950 nicht. Das Zusammenfallen der Einführung des Frauenstimmrechts mit den Anfängen der Neuen Frauenbewegung entfachte auch innerhalb der sozialdemokratischen Frauenorganisation eine Dynamik, die sich zu einer eigentlichen Streitkultur entwickelte. Gestritten wurde zum einen zwischen den Frauen selbst und mit den weiterhin tonangebenden

des Zweiten Weltkriegs auf Themen wie Familie und Mutterschaft, um sich nach 1945 wieder zu öffnen für eine verbesserte Absicherung in der AHV, das Frauenstimmrecht und die Lohngleichheit. In der Partei selber war das Gewicht der SP-Frau-

Genossen zum ändern. Das jahrzehntelange Einstehen für das Frauenstimmrecht machte die SP 1971 attraktiv für das parteipolitische Engagement von Frauenrechtler*innen, die linken Aktionsformen und das Einstehen für den Schwangerschaftsabbruch attraktiv für feministische Aktivist*innen. Standen die älteren SP-Frauen diesen neu in die Partei eintretenden jungen Feministinnen eher abwartend bis ablehnend gegenüber, wurden die Frauenstrukturen durch deren Engagement längerfristig gestärkt. Der zunehmend konfrontativ geprägte Stil der SP-Frauen zwang auch die Parteileitung, sich mit dem Verhältnis von Sozialismus und Feminismus auseinanderzusetzen. Im neuen Verständnis war die unterprivilegierte Stellung der Frauen nicht mehr die Folge des Klassegegensatzes, sondern der patriarchalen Gesellschaftsstrukturen. Trotz Loyalität zur Partei scheuten sich die SP-Frauen nicht, mit Störaktionen an den Parteitagen Dissens öffentlich zu machen und so bereits in den 1980er Jahren die «hidden transcripts» zu durchbrechen. Durch den demonstrierten Kampfwillen konstruierten sie sich ein Selbstbild als ebenso feministische wie fähige politische Akteurinnen im

Bourdieschen Sinn. Sie forderten allerdings nicht nur die Genossen heraus. Als einzige Frauenorganisation einer Regierungspartei propagierten sie 1991 den Frauenstreik, eine Voraussetzung für den von der Basis getragenen Druck, der zur Skandalisierung der Nichtwahl von Christiane Brunner führte.

In ihrer zusammenfassenden Konklusion verweist Amlinger mit einer kritischen Ergänzung nochmals auf die Bourdieschen Ausführungen zum Feld der institutionalisierten Politik. Auch nach 1971 waren die formal gleichberechtigten Akteurinnen, obwohl sie sich vielfach an den normativ-diskursiven Rahmen des politischen Feldes angepasst hatten und die Spielregeln beherrschten, geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und Herrschaftsmechanismen unterworfen. Ihre mit der vorliegenden Untersuchung belegte These lautet, dass Geschlecht selbst als eine Art Zusatzkapital fungiert. Vor 1971 war Männlichkeit eine in der Bundesverfassung verankerte Kapitalform, doch änderte sich nach der Öffnung des Feldes Politik für die Frauen an den Machtverhältnissen trotzdem nur wenig: Männlichkeit blieb eine zentrale Kapitalform. «Bourdies Opposition von Adaption

und Paradigmenwechsel soll deshalb um die Alternative einer längerfristigen Transformation der Regeln und Normen erweitert werden», schliesst Amlinger. Denn einen solchen Wandel hat sie bei allen von ihr untersuchten Parteien nachzeichnen können, wenn auch in unterschiedlicher Form und in unterschiedlichem Ausmass.

Weil die Untersuchung bei allen drei Organisationen die gleichen vier Schwerpunkte behandelt, kommt es zu Redundanzen. Doch erst diese gleichförmige Strukturierung der Hauptkapitel ermöglicht den Vergleich, der für die Positionierung der Frauenorganisationen und ihrer unterschiedlichen Strategien bezüglich Zugang zu den Machtpositionen von der Jahrtausendwende bis heute höchst aufschlussreich ist. So leistet die Berner Historikerin eine differenzierte und aufschlussreiche Analyse der Entwicklung nicht nur der Frauenorganisationen, sondern auch der Parteien als Ganze.